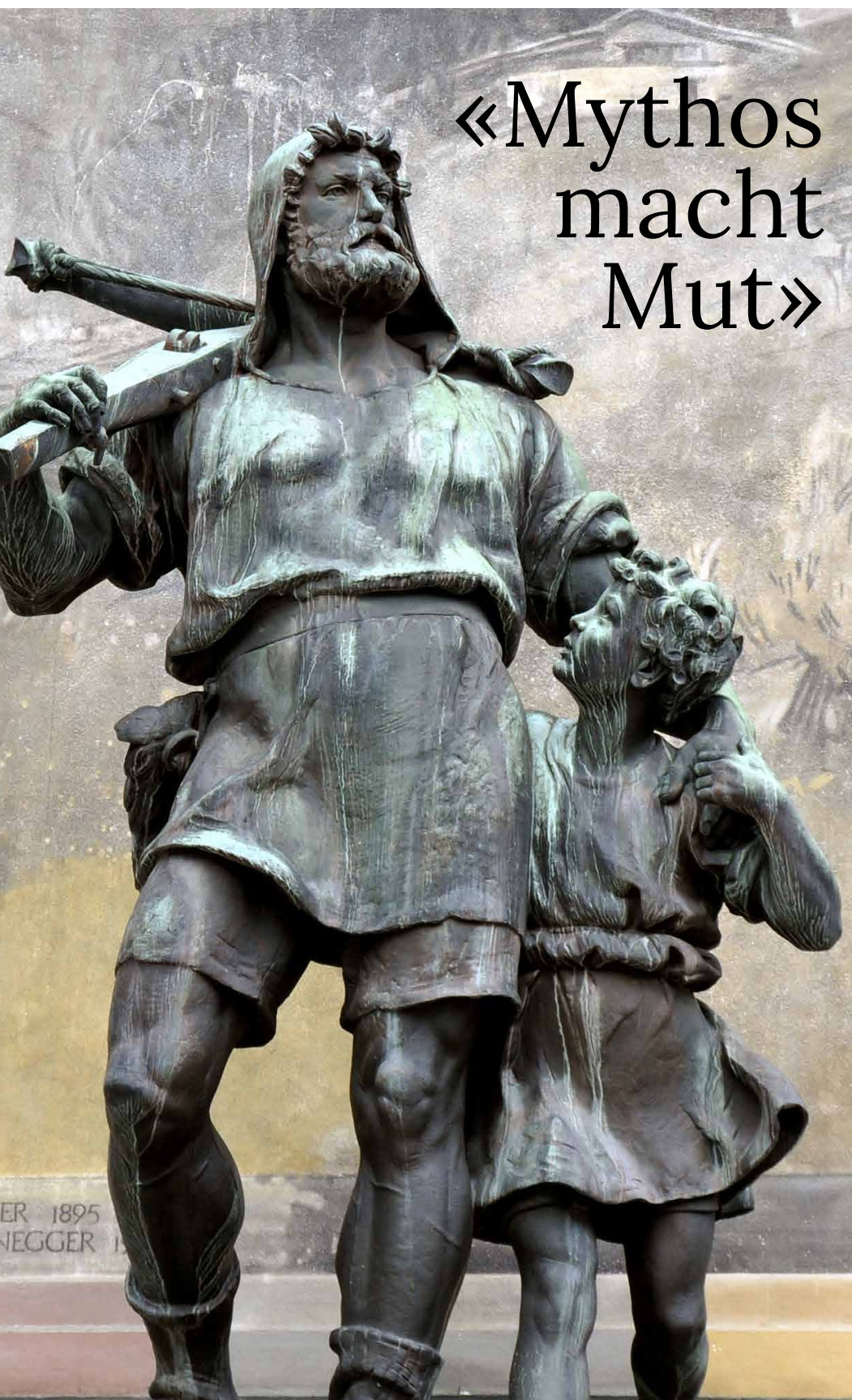


«Mythos macht Mut»



NATO-Kurs stoppen!
Seite 3



In die Irre geführt
Seite 5



**Pro Schweiz bekämpft
geplantes WHO-Diktat!**
Seite 6



Das Wort des Präsidenten

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Das Tätigkeitsjahr 2023 unserer überparteilichen Bewegung Pro Schweiz geht zu Ende. Wo stehen wir?

Für Pro Schweiz ist die Mission klar!

Die eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober 2023 haben es gezeigt. Betrachten wir die Machtverteilung im neuen Parlament nüchtern, stellen wir fest, dass die Kräfte, welche für die Unabhängigkeit, die Souveränität, die Neutralität der Schweiz sowie für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger eintreten, nicht stärker geworden sind. Die SVP hat zwar Sitze gewonnen, aber das reicht nicht. Die Mitte hat sich links positioniert, spielt opportunistische Machtpolitik – «Zünglein an der Waage». Die FDP ist kein verlässlicher Partner mehr und rückt in grundsätzlichen Fragen von einem klaren Schweizer Standpunkt ab. Links-Grün arbeitet seit jeher an der Selbstaufgabe der Eidgenossenschaft. Die ausserparlamentarische Arbeit von Pro Schweiz wird immer wichtiger und unerlässlicher.

Für Pro Schweiz gibt es keine NATO-Anbindung!

Die Neutralität ist zum Spielball parteipolitischer Profilierung verkommen. Die fehlende Einigkeit schadet unserem Land. Die VBS- und Armeeführung sehen ihre Auftrags-erfüllung nur noch im Verbund mit der NATO. Statt endlich die eigenen Kampftruppen auszurüsten, verscherbelt man Panzer an Berlin und schwärmt von einem Super-Deal mit der deutschen Rüstungsindustrie. Deshalb braucht es unbedingt die Neutralitätsinitiative.

Für Pro Schweiz gibt es keine fremden Richter!

Die Aussenpolitik sieht die politische Existenz der Schweiz einseitig in der institutionellen EU-Anbindung. 1992 EWR, 2022 Rahmenabkommen! Der Blindflug geht

weiter. Der Bundesrat will wieder mit Brüssel verhandeln. Das Resultat ist bekannt: Automatische Rechtsübernahme und Kontrolle unserer Gesetzgebung durch den EU-Gerichtshof.

Für Pro Schweiz gibt es kein WHO-Diktat!

Die WHO hat durchaus ihre Verdienste. Jetzt verkommt die UNO-Organisation zu einer Funktionären-Diktatur. Wenige wollen bestimmen, was weltweit in der Gesundheitspolitik gelten muss. Demokratie und Grundrechte wie Meinungsfreiheit stehen ihr im Weg. Neue Pandemieabkommen und Regeln wollen die Eigenverantwortung der Menschen in ein Regel-Korsett einschnüren. Beschämend ist, dass unsere Regierung und die BAG-Kader (Bundesamt für Gesundheit) in enger Zusammenarbeit mit sogenannten Leitmedien – NZZ! – glauben, uns mit einer plumpen «Alles-kein-Problem-Rhetorik» für dumm verkaufen zu müssen.

In dieser Ausgabe des Aktuell finden Sie zu den erwähnten Themen weiterführende Informationen.

Ich danke Ihnen im Namen des Vorstandes für Ihre treue und grosszügige Unterstützung. Die uns gestellten Aufgaben erfordern einen gewaltigen Mitteleinsatz.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen frohe Festtage und alles Gute für das neue Jahr.

Ihr Dr.med. Stephan Rietiker
Präsident Pro Schweiz

ISSN 2234-9723

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 8. Dezember 2023

Redaktion Pro Schweiz
Postfach
3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27
redaktion@proschweiz.ch

LEGATE

In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertschriften und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie Pro Schweiz berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz.

Herzlichen Dank.



Walter Wobmann

Vizepräsident Pro Schweiz, Präsident Komitee «Neutralitätsinitiative», alt Nationalrat



Neutralitätsinitiative unterschreiben und sofort einschicken!

NATO-Kurs stoppen!

Die Neutralität hat uns seit über 200 Jahren vor fremden Konflikten bewahrt. Dank der Neutralität konnte die Schweiz wertvolle Dienste leisten (zum Beispiel durch das Internationale Rote Kreuz) und zwischen Kriegsparteien vermitteln. Leider herrscht in Bundesbern aktuell kopfloser Aktivismus: Auf Druck der EU und der USA und von EU-NATO-Turbos im Inland will man unsere bewährte schweizerische Neutralität relativieren und schliesslich preisgeben.

Lassen wir uns nicht verunsichern!

Neutralität bedeutet nicht Naivität oder Feigheit. Ganz im Gegenteil. Sie bekräftigt unseren Willen, unsere Aus- und Sicherheitspolitik eigenständig zu bestimmen. Es ist eine krasse Unterstellung, wenn behauptet wird, die schweizerische Neutralität nütze Völkerrechtsbrechern und Diktatoren. Die Schweiz steht für die Freiheit der Staaten und somit der Menschen ein.

Schleichender NATO-Beitritt stoppen!

NATO-Turbos missbrauchen den Ukrainekrieg schamlos, um unser Land unter das NATO-Kommando zu führen. Sie behaupten, die Verteidigung der Schweiz könne nur mit internationaler Kooperation sichergestellt werden. Das ist Unsinn. Wir müssen rasch unsere Armee komplett ausrüsten. Erfüllen Sie, Frau Bundesrätin Amherd und Herr Korpskommandant Süssli, endlich Ihren Auftrag! Wir schicken keine Schweizer Armeeangehörigen in NATO-Einsätze.

Neutralitätsinitiative muss rasch zustande kommen!

Die Neutralitätsinitiative verhindert den gefährlichen, schädlichen aussenpolitischen Kurs in Bundesbern. Sie verankert das in der Verfassung, was sich über Jahrhunderte bewährt hat. Sie sorgt für eine sichere, glaubwürdige und neutrale Schweiz. Die Neutralitätsinitiative dient dem Weltfrieden. Sie ist ein starkes Zeichen nach

innen und aussen. Deshalb muss die Neutralitätsinitiative rasch zustande kommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterschrift und dass Sie dafür sorgen, dass auch Ihr Umfeld unterschreibt.

Schicken Sie die Unterschriftenbögen **bis spätestens Ende Dezember 2023 ein**, damit die Gemeinden die Unterschriften rechtzeitig beglaubigen können.

Jetzt unterschreiben! Zusätzliche Unterschriften sammeln!



«Das stösst echt sauer auf!»

Statt endlich die Kampftruppen unserer Armee vollständig auszurüsten, verscherbelt der Bundesrat mit Einverständnis des Armeechefs Thomas Süssli 25 Kampfpanzer Leopard aus Schweizer Beständen an Berlin und spricht von einem Super-Deal mit der deutschen Rüstungsindustrie!



Pro Schweiz ruft zu Standhaftigkeit auf!



Am 6. Dezember 2023 waren es 31 Jahre her, dass Volk und Stände den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt haben. Bei einer Stimmbeteiligung von über 78 % hat sich das Schweizer Volk für einen eigenständigen, nicht von der EU diktierten Weg in Europa entschieden. Es war ein kluger Volksentscheid. Der Zustand

der Fehlkonstruktion EU wird täglich schöngeredet. Die grossen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Spannungen in der EU nehmen zu. Die unkontrollierte und illegale Zuwanderung in den EU- und Schengen/Dublin-Raum – somit auch in die Schweiz! – werden von verblendeten EU-Ideologen weder ernst noch an die Hand genommen.

Der EWR-Beitritt hätte eine institutionelle Unterstellung der Schweiz unter EU-Recht zur Folge gehabt. Die direkte Demokratie und somit die politischen Mitbestimmungsrechte des Schweizer Volkes wären abschliessend der Willkür des EU-Gerichtshofes in Luxembourg ausgeliefert gewesen.

Das EWR-Nein hat den raschen EU-Beitritt gestoppt. Aber der Volkswille von damals wurde und wird nicht respektiert. Die EWR-Verlierer haben die bilateralen Verhandlungen geführt. Sie nutzten die Gunst der Stunde und führten mit den Bilateralen die Schweiz über EWR-Niveau hinaus in die EU-Abhängigkeit. Die Personenfreizügigkeit und das nicht funktionierende Schengen/Dublin-System haben für die Volkswirtschaft, für die Sozialversicherungen, für den Arbeitsmarkt, für die Umwelt und Landschaft sowie für die Sicherheit schwerwiegende Folgen. Den Preis zahlen die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Portemonnaie. Die Chancen der jungen Menschen werden gerade wegen der masslosen EU-Zuwanderung zunehmend weniger.

Seit dem EWR-Nein von 1992 und dem Abbruch der Verhandlungen über ein Rahmenabkommen 2022 hat sich zum Schaden der Schweiz leider nichts geändert. EU-Turbos und eine von Angst getriebene Mehrheit im Bundesrat will wieder mit Brüssel verhandeln mit dem

Ziel, die Schweiz doch noch institutionell in die EU zu führen und den faktischen Beitritt zu erreichen. Pro Schweiz hat wenig Vertrauen in die neue Zusammensetzung des National- und Ständerates. Links-Grün will so oder so in die EU, die Mitte und weite Teile der FDP werden die Kraft nicht aufbringen, die Interessen der Schweiz und ihrer Bevölkerung kraftvoll zu verteidigen. Deshalb muss Pro Schweiz dem EU-Anschluss-Kurs der Classe politique mit Vehemenz entgegentreten und ruft zur Standhaftigkeit gegenüber der EU-Kommission und ihren Statthaltern auf. Denn das EWR-Nein von 1992 muss ein Nein bleiben.



Die roten Linien von Pro Schweiz im Verhältnis zur EU:

1. Keine automatische beziehungsweise «dynamische» Übernahme von EU-Recht.
2. Keine Unterstellung der schweizerischen Gesetzgebung und der direkten Demokratie unter den EU-Gerichtshof (EuGH).
3. Keine rechtlichen Verknüpfungen von Abkommen mit sogenannten «Guillotine-Klauseln».
4. Keine Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie (UBRL: komplette Gleichstellung der CH-Bürger mit EU-Personen u.a. bei den Sozialversicherungen) bei der Personenfreizügigkeit.

Wie wir bei den Handelshemmnissen seitens der EU gesehen haben, ist die EU ein unzuverlässiger Partner, der nicht davor zurückschreckt, Verträge zu brechen. Wenn Bundesbern glaubt, mit Zugeständnissen, Kompromissen, vorläufigen Ausnahmeregelungen wie Opting-outs und Übergangsbestimmungen die Brüsseler Gunst zu erwerben, dann ist das ein fataler Irrtum. Die EU und besonders der EU-Gerichtshof werden sehr rasch und mit massivem Druck unser Land auf EU-Kurs zwingen.



In die Irre geführt:

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán glaubte, die Schweiz brauche einen institutionellen Rahmenvertrag mit der EU – bis ich ihm erklärte, dass die EU dann über alle Stufen der Schweiz durchregieren würde

Wie Staatsleute auf höchster Ebene von andern Staatsleuten einseitig informiert werden, konnte ich unlängst beim Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán erfahren. In seinem Vortrag auf Einladung der Weltwoche (21.11.2023 in Zürich, Anm. Red.) sagte dieser in Zürich, er werde helfen, dass das institutionelle Abkommen der EU mit der Schweiz zustande komme. Ungarn übernimmt 2024 nämlich turnusgemäss die EU-Ratspräsidentschaft. Ich erschrak.

Später, bei einem Nachtessen in kleinerem Kreis, fragte ich Viktor Orbán: «Warum glauben Sie, dass wir Schweizer diesen institutionellen Rahmenvertrag brauchen?» Er antwortete: «Ich war gestern zu Besuch bei Bundespräsident Berset und Bundesrat Cassis, und beide haben betont, das Land benötige den Vertrag wegen des Zugangs zum Binnenmarkt.» Und das leuchte ihm – dem ungarischen Ministerpräsidenten – ein.

«Herr Orbán, unsere Familienbetriebe erzielen riesige Umsätze im Export, teilweise über 90 Prozent, und zwei Drittel in die EU. Wir haben längstens Zugang zum Binnenmarkt. Aber ein Mitglied des Binnenmarktes ist die Schweiz nicht und will es auch nicht werden. Wir wollen in der Schweiz die Zukunft selber bestimmen.»



Orbán fragte nach, ob dies denn bei einem Rahmenvertrag nicht mehr möglich sei. Ich bekräftigte: «Natürlich nicht, denn dann würden unsere Bürger um ihre Gesetzgebungskompetenzen gebracht, und die EU würde über alle Stufen der Schweiz durchregieren.» Orbán meinte hierauf, das hätte ihm freilich niemand so erklärt. Das Beispiel zeigt, wie einseitig fremde Staatsleute von den eigenen Bundesräten informiert werden. Zumindest Ministerpräsident Viktor Orbán aber weiss jetzt: Die Schweizerinnen und Schweizer akzeptieren keinen Vertrag, bei dem sie das Stimmrecht an die Europäische Union abtreten müssen.

Buchempfehlung:

Paul Widmer
Die Schweiz ist anders
oder sie ist keine
Schweiz mehr

«Die Schweiz ist anders – oder sie ist keine Schweiz mehr»

Das kürzlich erschienene Taschenbuch des ehemaligen Botschafters Dr. Paul Widmer gibt auf rund 120 Seiten einen verständlichen Überblick über die Geschichte, die rechtlichen Grundsätze und die Aufgabe der schweizerischen Neutralität. Ein hervorragender Positionsbezug gegen die neutralitätspolitischen Wirren in Bundesbern. Das ideale Geschenk auch für Verunsicherte ...

Taschenbuch, CHF 27.90, NZZ Libro, ISBN 978-3-907396-40-7

Geplante WHO-Pandemieabkommen:

Pro Schweiz bekämpft geplantes WHO-Diktat!

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verlangt von ihren Mitgliedstaaten, dass sie ein neues Pandemieabkommen sowie neue Internationale Gesundheitsvorschriften unterzeichnen. Diese haben einschneidende Folgen sowohl für die Souveränität der Schweiz als auch für die individuelle Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Der Bundesrat spielt die Angelegenheit herunter und lässt das Parlament sowie das Schweizer Volk im Dunkeln.

Am 5. Dezember 2023 orientierte Pro Schweiz an einer Medienkonferenz über die fatalen Konsequenzen bei einer Unterzeichnung der WHO-Verträge. Eine durch Pro Schweiz in Auftrag gegebene Marktforschungsstudie zeigt klar, dass die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung den sofortigen Abbruch der Verhandlungen mit der WHO will! Zudem will die Mehrheit für die schweizerische Gesundheitspolitik eine souveräne und eigenständige Zuständigkeit. Das heisst konkret, eine Einmischung einer fremden, demokratisch nicht legitimierten Behörde wie der WHO wird klar abgelehnt. Aufgrund der Grundlagenarbeit von Pro Schweiz formulierten Ständerat Marco Chiesa und Nationalrat Franz Grütter drei Motionen zuhanden des Bundesrats:

1. Keine Verhandlungen mit der WHO ohne das Parlament: Der Bundesrat wird beauftragt, sämtliche Verhandlungen mit der WHO sofort zu unterbrechen und keine neuen Verträge und/oder Dokumente mit der WHO und ihren Partnerorganisationen zu unterzeichnen, bis er grünes Licht vom National- und Ständerat erhält. Zu diesem Zweck stellt der Bundesrat sicher,

2. Die Schweiz entscheidet bei Pandemien und Epidemien souverän und ohne ausländischen Zwang: Der Bundesrat wird beauftragt, das Epidemien-gesetz (EpG) dahingehend zu ändern, dass die Schweiz bei Pandemien bzw. Epidemien souverän und eigenständig und nicht aufgrund von Druckversuchen und Lageberichten der WHO handeln kann.





3. Vollständige Transparenz bei Verträgen mit Impferstellern:

Der Bundesrat wird beauftragt, die im Rahmen der COVID-Pandemie unterzeichneten Verträge mit Impferstellern sofort und ungeschwärzt offenzulegen. Für eine Geheimhaltung bestehen keine triftigen Gründe.



Die drei Motionen und die heutige Medienkonferenz sind der Start einer breit angelegten Kampagne von Pro Schweiz mit dem Ziel, den Angriff auf die Souveränität, die direkte Demokratie der Schweiz und die individuelle Freiheit ihrer Bevölkerung zu stoppen. Pro Schweiz wird keinen Aufwand scheuen, die Absicht des Bundesrates, das Land unter das WHO-Diktat zu führen, zu entlarven und zu bekämpfen. Deshalb wird Pro Schweiz sich in der vom Bundesrat am letzten Mittwoch eröffneten Vernehmlassung zur Revision des Epidemiengesetzes (EpG) unmissverständlich einbringen.

Alle Dokumente der Medienkonferenz inklusive der drei Motionen



Fazit

- Die Mehrheit (62%) der Schweizer hat Vertrauen zur WHO. **Dies gilt besonders für die französische Schweiz.**
- Wenn es aber darum geht, wer in der Schweiz die Entscheid-Kompetenz über zukünftige Pandemiemassnahmen haben soll, sind **69% der Stimmberechtigten für die souveräne und alleinige Entscheid-Kompetenz der Schweizer Behörden, und zwar ohne jegliche Einmischung von ausländischen Regierungen, Behörden und NGO's!**
- 67% sind dagegen, dass der WHO-Pandemievertrag unterschrieben wird!
- 60% sind für den sofortigen Abbruch der Verhandlungen mit der WHO.
- 94% erwarten, dass die Schweizer Bevölkerung über die Verhandlungen ausreichend informiert wird.

Der WHO-Pandemievertrag hat parteiübergreifende Relevanz, denn unabhängig von der politischen Einstellung wird die Unterzeichnung des Vertrags abgelehnt! Die Mehrheit der Stimmberechtigten würde alle Forderungen von Pro Schweiz deutlich unterstützen!

Schweizer Monat, Sonderdruck

«Politierte Medizin»

Die «Coronakrise» hat gezeigt: Die Politik hält die Gesundheit des Einzelnen nicht mehr für eine Privatsache, sondern für eine Art öffentliches Gut, bei dem sie mitbestimmen muss, um «negative Effekte» des individuellen Verhaltens der Menschen zu korrigieren. Getrieben vom Ansinnen, eine verheerende Pandemie einzudämmen, zogen Regierungen und Bürokraten unter der forschenden Anleitung der Weltgesundheitsorganisation WHO ein Regime auf, das das Verhalten der Staaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger bis ins Detail regelte, die Demokratie und Souveränität aushebelte und gleichzeitig die Wirtschaft lahmlegte.

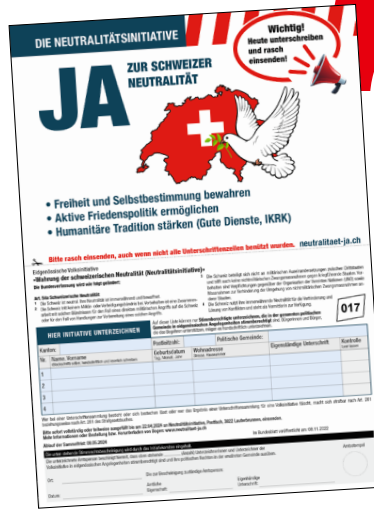
Der Sonderdruck kann bestellt werden: info@proschweiz.ch, Telefon 031 356 27 27
Pro Schweiz, Postfach, 3822 Lauterbrunnen





Adrian Amstutz, Vorstandsmitglied Pro Schweiz
**«Keine Panzerlieferungen an Deutschland!
Auch solche indirekte Lieferungen von
Kriegsmaterial an die Ukraine verstossen
gegen Schweizer Gesetz und gefährden
die Neutralität!»**

www.proschweiz.ch



**Wichtig!
Heute unterschreiben
und rasch
einsenden!**

Die Neutralitätsinitiative
ist das Bollwerk für eine
weltoffene, glaubwürdige
und humanitäre Schweiz.

Jetzt unterschreiben! Zusätzliche
Unterschriften sammeln!



Unsere Aufträge:

Unterschriften für Neutralitätsinitiative rasch zusammenbringen.

Bitte senden Sie Ihre Unterschriftenbögen – auch wenn nicht alle Unterschriftenzeilen benützt sind – rasch zurück. Bitte nicht liegenlassen.

Bestellen Sie Bögen nach. Sammeln Sie weitere Unterschriften.

www.neutralitaet-ja.ch
Telefon 031 356 27 27
info@neutralitaet-ja.ch

Neutralitätsinitiative
Postfach
3822 Lauterbrunnen



Mitgliederwerbung

Pro Schweiz muss als überparteiliche Bewegung noch stärker werden! Wir benötigen neue Mitglieder! Unterstützen Sie die Mitgliederwerbung. Im Gespräch stellt man immer wieder fest: «Wir sind ja gleicher Meinung! Also auf zu Pro Schweiz!» Auf www.proschweiz.ch kann man sich unkompliziert als Mitglied eintragen. Gerne stellen wir Ihnen für die Mitgliederwerbung unseren neuen Präsentationsflyer und das Programm von Pro Schweiz zu.

info@proschweiz.ch, Telefon 031 356 27 27,
Pro Schweiz, Postfach, 3822 Lauterbrunnen



Jetzt Mitglied
werden!



Folgen Sie uns auf www.proschweiz.ch

Bitte teilen Sie uns auf info@proschweiz.ch Ihre E-Mail-Adresse mit. Damit können wir Sie auf dem Laufenden halten. Wir halten uns strikt an die Datenschutzvorgaben und geben die Adressen nicht an Dritte weiter.

Mitmachen!
 liken, teilen, gefällt mir,
 abonnieren!

